

Wer wird das Weiße Haus erobern?

Die USA vor den Wahlen 2012

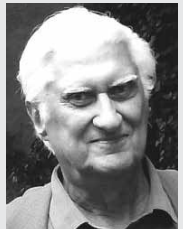
Claus Montag

USA, Wahlen, Innen- und Außenpolitik

Eine Weltmacht vor den Wahlen: Die USA befinden sich in einer tief greifenden innen- und außenpolitischen Umbruchphase. Es ist nicht verwunderlich, dass die internationale Öffentlichkeit nach Washington blickt, um frühzeitig erkennen zu können, welche inneren Machtstrukturen in den kommenden Jahren die Politikgestaltung der Vereinigten Staaten beeinflussen werden. Wer wird Präsident: Barack Obama oder Mitt Romney? Das Rennen ist nicht entschieden.

Am 6. November 2012 sind in den USA Präsidentschaftswahlen. Zugleich werden die 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses, ein Drittel der 100 Senatoren, eine größere Zahl der Gouverneure in den Einzelstaaten und viele Amtsträger auf kommunaler Ebene gewählt. Von besonderem Interesse ist, ob Barack Obama eine Chance für eine zweite Amtsperiode erhalten wird und ob es den Republikanern gelingt, nach ihrem Wahlerfolg von 2010 auch die Mehrheit im Senat zu erobern. Herausforderer von Obama ist der Multimillionär und frühere Gouverneur des Staates Massachusetts, Mitt Romney, der auf dem Nominierungskonvent der Republikanischen Partei Ende August in Tampa Bay (Florida) zum Präsidentschaftskandidaten gekürt wurde. Mit gewaltigen privaten und öffentlichen Finanzmitteln, vor allem durch Spenden der Banken und der Industrie, gelang es ihm, in den Vorwahlen alle Mitbewerber um das Präsidentenamt aus dem Rennen zu werfen. Romney gilt in der Öffentlichkeit als Unternehmer, der mit sozialer Härte und Rücksichtslosigkeit sein Privatvermögen vermehrte und damit seine Kompetenz zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisen des Landes unterstreicht.

Die Wahlen finden in einer Situation statt, in der die USA wie noch nie in der Geschichte ideologisch gespalten sind. Der „Kulturkampf“ in der Gesellschaft um die Rolle des Staates und der Finanzierung von Gemeinwohl hat durch die Blockadepolitik der Republikaner gegen die Gesetzgebung Obamas den



Prof. em. Dr. Claus Montag,
geb. 1933, Historiker und
Politologe, Beiratsmit-
glied von *WeltTrends*.
claumontag@aol.com

112. Kongress nahezu lahmgelegt. Große Teile der Bevölkerung haben das Vertrauen in die gewählten Institutionen verloren.

Herausforderungen für die Bewerber



Weiterlesen:

C. Montag,

Aufwind der Konservativen

WeltTrends 76

Entscheidenden Einfluss auf die politische Stimmung der Wähler wird die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes haben. Gegenwärtig kursieren Wirtschaftsdaten aus den statistischen Ämtern Washingtons, die der Bevölkerung einen leichten Wirtschaftsaufschwung für 2012 vermelden (Wachstumsrate des BIP von 2 bis 3 Prozent). Das ist für die größte Volkswirtschaft der Welt zu wenig, um global und innenpolitisch die Konjunktur zu stabilisieren. Der schwache Aufschwung bewirkt eine leichte Senkung der Arbeitslosenrate von 9 auf 8,2 Prozent, für Amtsinhaber im Weißen Haus noch eine gefährlich hohe Zahl vor den Wahlen. Insgesamt sind zurzeit 26 Millionen Menschen arbeitslos, nicht von Statistiken erfasst oder marginal beschäftigt. Die Arbeitslosenquote bei Afroamerikanern und Jugendlichen ist besonders hoch (ca. 20 Prozent). So ergibt sich ein gemischtes Bild vor dem 6. November. Die soziale Schieflage hat sich auch bei den Mittelschichten im Wahljahr dramatisch verstärkt. Obama hofft nun auf die politische Durchschlagskraft jener Staaten, wie Ohio oder Virginia, in denen die Arbeitslosenzahl unter 8 Prozent gesunken ist.

Die größte Herausforderung für die Präsidentschaftskandidaten und ihre Parteien, für die keine der beiden Seiten eine realistische Lösung anbieten kann, besteht in der wachsenden hohen Staatsverschuldung (2012 ca. 15,2 Billionen US-Dollar). Sie kletterte auf 103 Prozent des BIP und untergräbt anhaltend die wirtschaftliche Gesamtsituation des Landes. Die Republikaner und besonders ihr rechtskonservativer Flügel waren nicht bereit, für diese gefährliche Entwicklung Kompromisspositionen mit dem Weißen Haus auszuarbeiten. Obwohl die USA im globalen Rahmen Spitzenpositionen in Forschung und technologischer Entwicklung einnehmen, werden ihre wirtschaftliche Stabilität und Exportfähigkeit durch größer werdende Defizite in der ökonomischen Infrastruktur und ein Zurückbleiben des allgemeinen Bildungssystems erheblich geschwächt. Halten die strukturellen Defizite in Wirtschaft und Gesellschaft an, wird sich der Prozess der Relativierung des ökonomischen Gewichts der

USA gegenüber aufstrebenden Mächten (insbesondere China, Indien, Brasilien) und damit auch hinsichtlich der globalen Machtverteilung verstärken. Die Furcht vor einem *Decline of Power* beginnt auch die Wahldebatten zu beeinflussen. Romney und seine ideologischen Hilfstruppen in den Medien haben heftige Angriffe auf Obama begonnen, der nach Auffassung der Republikaner mit seinem außenpolitischen Konzept der Einbindung von Partnern und Rivalen in die Neugestaltung der US-amerikanischen Führungsrolle einen Ausverkauf globaler amerikanischer Interessen betreiben würde. Romney fordert die Rückkehr zur alten Stärke der Supermacht und damit ein härteres Vorgehen in den internationalen Krisenbereichen. Das außenpolitische Establishment der Demokraten hat vor den Wahlen das eigentliche Problem der US-amerikanischen Außenpolitik deutlich gemacht: Eine anhaltende Schwächung der Grundlagen der Wirtschaft wird als unvereinbar mit der Sicherung der außen- und sicherheitspolitischen Interessen der USA angesehen. Entschlüsselt heißt das: Die schwindende ökonomische und fiskalische Basis setzt imperialen Bestrebungen (auch liberal drapierten) und einer neu gestalteten Weltmachtrolle zunehmend Grenzen. Aus Obamas Partei kommen Stimmen, die davon ausgehen, dass die Wiedergewinnung innerer wirtschaftlicher Stärke Vorrang vor kostspieligen internationalen Interventionen haben müsse. Es bleibt offen, ob die Beraterstäbe im Weißen Haus den politischen Mut aufbringen, dem Ruf nach einer „reduzierten Weltmachtrolle“ der USA Taten folgen zu lassen.

Kontrastprogramme der Rivalen

Im Vorfeld des 6. November sind die ideologischen Gräben zwischen Demokraten und Republikanern noch tiefer geworden. Gefördert mit den bisher höchsten Wahlkampfspenden der Superreichen in der US-amerikanischen Geschichte, entwickelte sich das Wahlrennen Obama-Romney zu einer politischen Schlammschlacht, in der rationale Argumente immer stärker von Verleumdungen und persönlichen Unterstellungen überlagert werden. Besonders die politische Polarisierung in den Medien lässt die kulturpolitische Spaltung des Landes über die Rolle des Staates zur Förderung des Gemeinwohls gefährliche Dimensionen annehmen.

Obama, der im 112. Kongress kein Gesetz mehr durchsetzen kann, das die Bestätigung der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus benötigt, setzt seinen Haushaltsentwurf für 2013 als populistische Wahlkampfstrategie ein. Er will vor allem Wählergruppen, die ihn 2008 euphorisch unterstützen und jetzt von seiner Politik enttäuscht sind, zurückgewinnen. Besonders werden die ethnischen Minderheiten, die Mittelschichten und die Wechselwähler angesprochen. „Mehr Fairness für alle“ und „Mehr soziale Gerechtigkeit“ sind die neuen Losungen der Demokraten, die von den Republikanern als „purer Klassenkampf“ zurückgewiesen werden.

Was bieten das Weiße Haus und die Demokraten den Wählern an? Förderung der Konjunktur und der Jobprogramme durch staatliche Milliardeninvestitionen in verschiedene Infrastrukturprojekte, Investitionen in das unterentwickelte allgemeine Bildungssystem, Steuererleichterungen für die Mittelschicht und kleine Unternehmen. Für die Wirtschaft sollen neue Märkte, besonders in Asien, erschlossen werden. Da die staatlichen Investitionen die Schuldenlast der USA weiter erhöhen, will Obama die Gegenfinanzierung über die Beendigung der Steuererleichterung für hohe Einkommen und eine Erhöhung des Steuersatzes für Millionäre (mindestens 30 Prozent) erreichen. Zusätzlich sollen Wirtschaftssubventionen entfallen, Kürzungen in den Krankenversicherungen der Alten eingeleitet und Einsparungen beim Steuerungsprogramm der Militärausgaben vorgenommen werden.

Romney und die Republikaner haben nach dem Nominierungskonvent ihre Anti-Obama-Strategie weiter ausgebaut. Sie werfen Obama vor, mit den geplanten Staatsausgaben die Schuldenkrise der USA zu verschärfen und die Konjunktur zu bremsen. Die Kernforderung von Romney lautet: Weniger Staatsausgaben und Stärkung des Wirtschaftswachstums durch Steuersenkungen für die Unternehmen. Obamas angestrebte Steuererhöhung für Millionäre wird von den Republikanern kategorisch zurückgewiesen. Ein Abbau des Staatsdefizits soll vor allem durch Kürzungen und Privatisierungsprogramme in den Sozial- und Rentenversicherungssystemen und durch Streichung von staatlichen Förderprojekten in Infrastruktur und Bildung vorangetrieben werden. Die Ernennung von Paul Ryan, rechtskonservativer Finanzexperte der Republikaner im Repräsentantenhaus, zum Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten



Weiterlesen:

F. Böller / S. Werle,
Lame Duck Obama?

WeltTrends 82

soll Romneys Bereitschaft zur Durchsetzung sozialreaktionärer Gesellschaftsmodelle besonders unterstreichen.

Romney, der von der *Tea Party*-Bewegung auf rechtskonservative Positionen getrieben wurde und besonders in der Sozial- und Steuerpolitik zu keinen Kompromissen mit den Demokraten Bereitschaft zeigt, muss versuchen, die ideologisch zerrissenen Republikaner hinter seine Kandidatur zu bringen. Offen ist, in welchem Maß Romney mit seiner politischen Schaukelpolitik zwischen „Mitte“ und „Rechts“ die große Zahl der Wechselwähler gewinnen will, die seine Anbiederung an die religiös-fundamentalistisch orientierten Hinterwäldler in der Partei mit Skepsis betrachten. Auch haben die Republikaner mit rassistischen Kampagnen auf sozialpolitischem Gebiet und durch Behinderung des Wahlrechts für Minderheitengruppen in zahlreichen republikanischen Einzelstaaten das Misstrauen gegenüber einer Wahl Romneys verstärkt.

Offenes Rennen

Obama, der in den Meinungsumfragen keine sicheren Positionen für seine Wiederwahl erkennen kann, tritt jetzt aggressiver als 2010 den Republikanern gegenüber. Auch hat er nicht übersehen können, dass die Mehrheit der Europäer seine Wiederwahl wünscht, obwohl eine gleich große Zahl von Befragten die USA nicht mehr als Vorbild der westlichen Welt ansieht. Mit der Zustimmung des Obersten Gerichts der USA zur Rechtsverbindlichkeit von Obamas Gesundheitsreformgesetz im Hinterhalt und bei Anhalten der jetzigen Konjunkturbelebung kann ein Punktvorsprung gegenüber Romney die Chancen für eine Wiederwahl vergrößern. Die innere politische Stimmung in den USA lässt aber erkennen, dass große Teile der Bevölkerung vor den Wahlen glauben, dass beide Rivalen nicht über realistische Lösungswege zur Krisenbewältigung verfügen. Ist Romney die Alternative zu Obama? Hierzu eine bemerkenswerte Feststellung von Reymer Klüver in der *Süddeutschen Zeitung* vom 29. Juni 2012: „Mitt Romney würde die politischen und sozialen Gräben in den USA in tiefe Canyons verwandeln. Die Reichen würden noch reicher, der Mittelstand und die Armen, Verlierer seit den Bush-Jahren, würden weiter verlieren. Und außenpolitisch lassen Romneys holzschnittartigen Äußerungen wenig Gutes ahnen.“ Schwere Entscheidungen, die am 6. November zu treffen sind. 🌐